

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 2

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Woge des Pessimismus überrollt zu werden. Tatsächlich wäre es für die Sozialdemokraten gefährlich, gerade jetzt ihre *parteiinternen Querelen*, die ohne Zweifel zum Debakel in Baden-Württemberg beigetragen haben, in aller Öffentlichkeit auszufechten oder gar an der Spitze der Partei durch die Ablösung Willy Brandts einen Wechsel vorzunehmen. Das Risiko, der Wähler würde solche Experimente nicht als innere Erneuerung, sondern als völlige Ratlosigkeit deuten, ist zu gross.

Aber auch die Freien Demokraten können es sich nicht leisten, so kurz vor dem entscheidenden Wahlgang das Pferd zu wechseln. Im Vorfeld und im Verlauf der baden-württembergischen Wahlen ist zwar die alte Frage, ob sich die FDP von vornherein auf einen Koalitionspartner festlegen oder sich die Option freihalten sollte, von neuem entbrannt. In Wirklichkeit haben die westdeutschen Liberalen im gegenwärtigen Zeitpunkt gar *keine Entscheidungsfreiheit* mehr. Sie sind auf die seit 1969 in Bonn regierende Koalition ver-

pflichtet. Sollte sich der FDP-Parteitag im Mai unter dem Eindruck der Niederlage in Baden-Württemberg auf eine andere Linie festlegen, so würde damit nicht nur die Glaubwürdigkeit, sondern aller Voraussicht nach auch die Existenz der FDP mutwillig aufs Spiel gesetzt. Eine willkürlich zwischen den grossen Gruppen schwankende dritte Partei dürfte heute in der Bundesrepublik nur geringe Überlebenschancen haben.

Immerhin bleibt den Koalitionspartnern die Hoffnung, der *Schock* der letzten Monate habe aufrüttelnd gewirkt. Auch 1972 befand sich die Brandt/Scheel-Regierung im Frühjahr in einer schweren Krise, und sie hat im Herbst bei den Wahlen trotzdem eindrücklich triumphiert. Bis zum Oktober kann sich der Wind, der jetzt Sozialdemokraten und Freien Demokraten ins Gesicht weht, wieder drehen. Der Entscheid bleibt, trotz des Tiefs, in das die Koalition gegenwärtig geraten ist, weiterhin offen.

Alfred Cattani

Kommentare

KUBA, DIE SOWJETUNION UND AFRIKA

Als sich gegen Ende des letzten Jahres Meldungen über eine kubanische Militärpräsenz in Angola zur Gewissheit verdichteten, standen westliche Politiker und Kommentatoren vor einem Rätsel. Vielleicht wird man nie mit letzter Sicherheit klären können, was den kariatischen Inselcaudillo Castro dazu bewogen hat, rund einen Achtel seiner re-

gulären Streitkräfte nach dem Schwarzen Kontinent zu schicken und den Soldaten nach dem für die Volksbefreiungsbewegung (MPLA) errungenen Sieg auch noch ihre Familien folgen zu lassen. Revolutionäres Sendungsbewusstsein, Führungsanspruch in der Dritten Welt, romantische Vorstellungen von Blutsbanden zwischen schwar-

zen Kubanern und ihren afrikanischen «Brüdern», möglicherweise aber auch Reste eines kolonialen Traumas, die durch eigene «Kolonial»-Abenteuer überwunden werden sollten – all das könnte im Kopf des unberechenbaren «Líder máximo» herumgespukt haben. Doch im Gegensatz zum missionarischen Eifer, mit dem Castro in den sechziger Jahren Guerillatrupps an allen Ecken und Enden Lateinamerikas in klägliche Niederlagen gehetzt hatte, standen am Beginn der Afrika-Expedition offenbar nüchterne Erfolgsberechnungen, deren realistische Basis ein diszipliniertes, mit modernstem Kriegsggerät ausgerüstetes Heer war.

Mag die Frage nach den tieferen Motiven des Feldzuges auch in psychologische Unwägbarkeiten führen, so kann andererseits der weltpolitische Nutziesser des kubanischen Sieges in Angola mit Leichtigkeit ausgemacht werden. Da standen der marxistisch geschulte Unabhängigkeitskämpfer Agostinho Neto und seine sich sowjetischer Sympathien erfreuende Bewegung am Rande einer Niederlage, die wohl oder übel auch für Moskau ein beträchtlicher Misserfolg gewesen wäre. Ein direktes Engagement der kommunistischen Supermacht in Angola hätte aber die USA auf den Plan gerufen; mindestens musste der Kreml damit rechnen. Allein mit der Lieferung von neuen, komplizierten Waffen an den MPLA war auch nichts zu erreichen, weil die Buschkämpfer sie nicht hätten bedienen können. Was lag also näher, als einen treuen Vasallen vorzuschicken, dessen Mannschaften nicht nur von russischen Instruktooren an russischem Kriegsmaterial ausgebildet waren, deren Lebensgewohnheiten und Mentalität darüber hinaus erst noch die Gewähr für eine

nahezu vollkommene Anpassung an das Einsatzgebiet und seine Bewohner boten. Die eine dem Portugiesischen verwandte Sprache sprechenden, nicht selten dunkelhäutigen kubanischen Soldaten stellten für den Kreml einen ausgesprochenen Glücksfall dar; schliesslich siegten sie auch noch. Immerhin hatte es die Bereitschaft ihrer Führer und vor allem des obersten Herrn der Zuckerinsel gebraucht, bevor die Kolonnen in Marsch gesetzt werden konnten. Diese zu erlangen, genügte es aber gewiss nicht, an Castros revolutionäres Temperament zu appellieren; die gewünschte Operation war ja recht kostspielig und stellte einige logistische Probleme. Ausserdem musste sich Moskau der «sozialistischen Solidarität» des bärtigen Caudillo schon sehr sicher sein. Nicht auszudenken, was hätte geschehen können, wenn dieser, wie er es in den sechziger Jahren zum grossen Ärger der Sowjetunion in Lateinamerika immer wieder getan hatte, auch in Angola plötzlich eigene revolutionäre Initiativen entwickelt hätte. Castro war keineswegs immer so botmässig, wie er es heute der Moskauer Zentrale gegenüber allem Anschein nach ist. Der kubanische Kommunismus hatte früher einmal beträchtliche Schlagseite Richtung Peking erkennen lassen, und zahlreiche Errungenschaften auf der Insel, etwa im Bereich der Erziehung und der Landwirtschaft, weisen auch heute noch mehr «chinesische» als «sowjetische» Züge auf.

Vom Idealismus zur Anpassung

Betrachtet man die Geschichte der kubanischen Revolution und ihres Verhältnisses zum Kommunismus, so kommt man zum Schluss, dass Castros

Ergebenheit und Linientreue erst jüngeren Datums sind. Zwar hatten bereits die Ideen von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, denen der junge Rechtsanwalt als Guerillaführer nachhing, eine gewisse, mindestens latente Anfälligkeit für kommunistische Thesen ergeben; was sich da in der Sierra Maestra aber zusammenbraute, war mehr Populismus lateinamerikanischer Prägung als doktrinärer Marxismus. Castros Radikalismus vertrug sich damals überhaupt nicht mit den Zielen der unter dem Namen «Partido Socialista Popular» (PSP) bereits bestehenden KP Moskauer Prägung. Diese verurteilte die Guerilla lange als «kleinbürgerliche» Romantik, verpasste dann aber keineswegs den Augenblick, um noch rechtzeitig zu den siegreichen Fahnen überzulaufen. Dafür wurde sie nach dem Triumph über den Diktator Batista auch nicht wie die anderen Parteien verboten.

Ein ungetrübtes Verhältnis zwischen dem Comandante Fidel und den orthodoxen Kaderkommunisten wollte sich jedoch nicht einstellen. Die fidelistische «Bewegung des 26. Juli» (so benannt nach dem Datum von Castros erstem dilettantischen Aufstandsversuch 1953 in Santiago de Cuba) schloss sich zwar 1961 mit dem PSP zusammen, doch schon im nächsten Jahr fanden umfangreiche Säuberungen von prosovjetschen Funktionären statt. Eine damals gegründete neue Sammelbewegung aller revolutionären Kräfte, nun wieder ausschließlich in der Hand von Castro-Anhängern, erhielt erst 1965 den Namen «Kommunistische Partei Kubas» (PCC). Diese Spätgeburt der kubanischen Revolution ist heute nach dem Muster anderer kommunistischer Länder Staatspartei. Doch anders als im

Ostblock fehlte ihr bis Ende letzten Jahres ein klar konzipiertes Organisationsstatut. Ihr Wert als Machtinstrument ist auch heute noch eher gering einzuschätzen, zählt sie doch kaum 200 000 Mitglieder, was deutlich abfällt gegenüber den mehr als vier Millionen Bürgern, die in den von Castro seinerzeit spontan ins Leben gerufenen «Komitees zur Verteidigung der Revolution» (CDR) zusammengeschlossen sind. Die CDR sind (oder waren mindestens bis jetzt) das entscheidende politische Werkzeug des «Líder máximo», eine nach Anlage und Funktion populistische – oder wenn man so will: volksozialistische – Organisation, die einerseits praktische Beratung in allen Lebenslagen, andererseits Indoktrinierung und weitestgehende Kontrolle von Individuum und Gesellschaft gewährleistet.

Moskau hatte es unter diesen Umständen nicht leicht, zu seiner heutigen absoluten Vorherrschaft über Kuba zu gelangen. Drei Faktoren haben zum schliesslichen Erfolg den Ausschlag gegeben: die Infiltrierung der Insel mittels des Geheimdienstes, der Aufbau einer schlagkräftigen Armee sowie die Finanzierung und Neuordnung der Wirtschaft des Landes. Schon bald nach dem Sieg der Revolution 1959 waren wichtige Leute des sowjetischen Geheimdienstes KGB in Havanna aufgetaucht. Mit ihrer Hilfe baute Castro bis 1962 seine eigene Sicherheitsorganisation auf, die «Dirección General de Inteligencia» (DGI). Sie wurde nicht nur zum Hauptinstrument bei der Bekämpfung des inneren Widerstandes, der erst 1965 endgültig zerschlagen war, sondern auch zum Zentrum aller revolutionären Aktivitäten, die Kuba auf den Kontinent trug, besonders nach Venezuela,

Peru und Bolivien. Dabei verstand es Castro zunächst geschickt, vor allem die sogenannte Befreiungsabteilung der DGI der direkten Kontrolle Moskaus zu entziehen. Doch die Guerillaunternehmen in Südamerika schlugen fehl, Moskau schritt massiv ein, und es gelang, die DGI neu zu organisieren und endgültig nach KGB-Mustern auszurichten.

In diesem Domestizierungsprozess wie gleichzeitig auch bei der Aufrüstung und «Hierarchisierung» der Armee spielte Fidels jüngerer Bruder, Raúl Castro, eine zwielichtige, für den Kreml jedoch bedeutsame Rolle. Im Gegensatz zum Führer der Revolution hatte Raúl schon vor 1959 enge Beziehungen zur kommunistischen Bewegung und auch direkt zur Sowjetunion unterhalten. Heute ist er Moskaus eigentlicher Mann in Havanna, der als Minister für die Streitkräfte auch eine kaum zu überschätzende Machtposition einnimmt. Kuba besitzt heute (natürlich nach den USA) die stärkste Armee Nord- und Südamerikas, die zahlenmäßig den Armeen Argentiniens oder Brasiliens ebenbürtig, ihnen aber an schlagkräftigen und modernen Waffensystemen deutlich überlegen ist. Fidel ist zwar nach wie vor der unbestrittene, charismatische Caudillo; wollte er aber einen Machtkampf mit Moskau wagen, hätte er sich zuallererst mit dem keineswegs volkstümlichen, kalt berechnenden Machtstrategen Raúl auseinanderzusetzen – ein letzten Endes wohl aussichtsloses Unterfangen.

Der Preis der Abhängigkeit

Wirtschaftlich gesehen wäre Kubas Existenz ohne die Hilfe der Sowjetunion

überhaupt undenkbar. War die Insel der weitgehenden Zucker-Monokultur vor 1959 total von den Vereinigten Staaten abhängig, so ist sie es heute nicht minder von Moskau. Dabei kann überhaupt nicht bezweifelt werden, dass es der breiten Masse der Kubaner nach 17 Jahren Revolution besser geht als unter Batista; die Frage ist nur, ob es die Wirtschaft als Ganzes weitergebracht hat unter der undurchschaubaren Herrschaft der allmächtigen Planungszentrale. Früher einmal glaubte man, man könne die Markt- und Preiswirtschaft ungestraft in ein System von Planung und Zuteilung umwandeln; um neue Anreize für die Arbeitnehmer zu schaffen, ging man davon zum Teil wieder ab. Dann forcierte man einmal die Industrialisierung, was der Landwirtschaft schadete, ein anderes Mal warf man die gesamte Bevölkerung in die Zuckerernte, um nachher festzustellen, dass alle anderen Bereiche der Wirtschaft gelitten hatten. Gleichzeitig hatte man seit 1962 mit einem totalen Embargo der USA und Lateinamerikas zu kämpfen und die Abwanderung des qualifizierten Personals auszugleichen. Die Sowjetunion sprang immer öfter und immer intensiver ein. Kuba ist heute ihr gegenüber mit mehr als fünf Milliarden Dollar verschuldet und bekommt die Binsenwahrheit zu spüren, dass wer zahlt, auch befehlen will. Besonders drastisch zeigte sich das Ende der sechziger Jahre: Um Castro endlich von seinem «Revolutionsexport» abzubringen, hielten die Russen monatelang alle Industriegüter für Kuba zurück und drehten den Erdölhahn zu. Das Ergebnis ist bekannt.

Castro schwenkte, gleichgültig ob schliesslich aus Überzeugung oder lediglich aus purer Notwendigkeit, voll und

ganz auf die Linie Moskaus ein. Politik und Wirtschaft wurden gemäss marxistischen Vorstellungen «angepasst»: 1973 waren der Prozess einer Neugründung der jahrelang vernachlässigten Gewerkschaften abgeschlossen und die Armee nach Jahren revolutionärer Ungebundenheit auf harten Kurs gebracht, 1974 nahm der vor kurzem mit der Einführung einer neuen Verfassung abgeschlossene Weg zur konformen politischen Institutionalisierung seinen Anfang, und im Dezember 1975 fand endlich der erste Kongress der Kommunistischen Partei statt, auf dem Fidel Castro in einer zehnstündigen Monsterrrede endgültig Abschied nahm von den ungebärdigen, idealistischen Anfängen seiner Revolution. Die KP gab sich ein Statut, das die Verwirklichung einer Diktatur des Proletariats als oberstes Ziel proklamiert; die Verfassung konsolidiert auf unabsehbare Zeit Kubas Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der sozialistischen, sprich von Moskau abhängigen und kontrollierten Staaten.

Zum Dank «durfte» sich der ge-

zähmte Caudillo mit seinem Angola-Feldzug vor den Augen der «fortschrittlichen» Länder der Dritten Welt als Vorkämpfer für ihre «Befreiung» profilieren und gleichzeitig auch ein wenig von seinen immensen Schulden abtragen. Fidel Castro hat aber damit seine Glaubwürdigkeit als Revolutionär eingebüsst; wer ihn auch jetzt noch als solchen preist, nimmt ganz bewusst die Folgen solcher Art der Revolution in Kauf. Konnte man in den sechziger Jahren den bärtigen Kubaner noch als Vorbild für einen legitimen Kampf gegen die soziale und politische Rückständigkeit Lateinamerikas ansehen, so ist er heute nichts mehr als ein treuer, vielseitig einsetzbarer Gefolgsmann der Sowjetunion. Dabei spielt es, wie gesagt, keine Rolle, ob er diese Wandlung aus romantischer Verblendung, ideologischem Kalkül oder unter brutalem Zwang vollzogen hat. Der Sieg im angolanischen Busch ist eine totale Niederlage für den Comandante aus der Sierra Maestra.

Christoph Mühlemann

SÜDLICHES AFRIKA: VOM «WIND DES WANDELS» ZUM STURM

Rhodesien, im Mittelpunkt der aktuellen Berichterstattung, ist auf längere Sicht nicht das eigentliche Problem des südlichen Afrika. Natürlich kann die Verblendung Ian Smiths, der eine Mehrheitsregierung «niemals», und in Anlehnung an Hitlersche Zeitvorstellungen, «nicht in tausend Jahren» zulassen will, das Land «auf den Weg von Tod und Zerstörung führen» (Callaghan im Unterhaus 22. März 1976).

Am Ende solch einer Entwicklung werden aber schlimmstenfalls 270000 Rhodesien-Engländer (oder die meisten von ihnen) ihre Heimat verlassen und nach Grossbritannien, Südafrika, Australien usw. zurück- oder auswandern. So wie in den letzten beiden Jahren Hunderttausende von seit Jahrhunderten in Afrika ansässigen Portugiesen aus Moçambique und Angola in die Heimat, die sie nicht kannten, oder nach Brasi-

lien gezogen sind; so wie Anfang der sechziger Jahre 700000 bis 800000 Algerien-Franzosen übers Mittelmeer setzten, um in der alten eine neue Heimat zu finden. Das Kolonial- und Rassenproblem im südlichen Afrika, das insbesondere seit der sowjetisch-kubanischen Intervention in Angola eine neue weltpolitische, und zwar friedensgefährdende Dimension erhalten hat, würde auf diese Weise eine zwar unmenschliche, auf zahllosen individuellen Tragödien begründete, aber radikale, eindeutige und der Mehrheit einleuchtende, weil in ihrem Sinn konsequente «Lösung» erfahren, die der totalen Afrikanisierung. Minderheiten wären eliminiert. Die rein nationalstaatliche Aufgliederung des schwarzen Kontinents würde um einen weiteren Schritt vorangetrieben. Die Hoffnung auf multinationale und mehrrassige Gesellschaften wäre einmal mehr begraben, die wegweisend für eine offene, kosmopolitisch-tolerante Weltordnung sein sollten, gleich ob im Sinne von «internationaler Demokratie», Weltrevolution oder «one world».

Diese düstere Prognose muss nicht Wirklichkeit werden. Vorster und Kaunda erkannten frühzeitig, dass der zu Anfang der sechziger Jahre von MacMillan konstatierte «Wind des Wandels» Mitte der siebziger Jahre, das heisst nach dem Abzug der Portugiesen, stürmisch zu blasen begann, dass also ein gedeihliches Zusammenleben von Schwarz und Weiss nur durch radikale Veränderung der bestehenden Ordnung möglich sein wird. Im Vorblick darauf bot der südafrikanische Ministerpräsident den schwarzen Nachbarländern ein Geschäft an, das er «Détente» nannte¹. Pretoria würde die weiss beherrschten Pufferstaaten Rhodesien und Namibia «opfern», das

heisst schwarze Mehrheitsregierungen zulassen, sogar fördern; als Entgelt sollten sich diese aller Angriffe auf das Apartheitsregime enthalten und sich an der Schaffung eines grossen Wirtschaftsraumes bis einschliesslich Angola, Sambia, Malawi, Moçambique beteiligen; dadurch würde Südafrika Zeit für einen Abbau der Rassenschranken im eigenen Land gewinnen. Der sonst unabwendbare Rassenkrieg könnte dadurch verhindert werden.

Die Chance einer vernünftigen Lösung ist nach dem Abbruch der Verfassungsgespräche in Salisbury, jedenfalls vorerst, verspielt. Smiths Verhandlungspartner, der gemässigte Nationalistenführer Nkomo, hatte seine ursprünglich radikale «one-man-one-vote»-Forderung praktisch fallen lassen und eine partitatische Übergangsregierung bis zu Neuwahlen verlangt; erst nach längerer Zeit und bei gestiegenem Bildungsgrad und besseren Einkommensverhältnissen sollte die Zahl der weissen Volksvertreter ab- und die der schwarzen zunehmen. Smiths Gegenvorschlag – Drei-Klassen-Wahlrecht nach Rassenzugehörigkeit (je ein Drittel weisse und schwarze Abgeordnete, getrennt von Weissen und Schwarzen gewählt; das letzte Drittel gemeinsam von beiden Gruppen, aber unter langfristiger nur von Weissen zu erfüllenden Voraussetzungen) – war von vornherein auf Ablehnung angelegt. Ian Smith ist damit für Afrikaner ebenso wie für London, das Rhodesien weiterhin als abgefallene Kolonie betrachtet, endgültig unglaubwürdig geworden.

Erklärlich ist diese herausfordernde, katastrophenträchtige Konfrontationspolitik durch einen zunehmenden Realitätsverlust der in verzweifelter Defensive befindlichen weissen Rhodesier. Sie

berufen sich einerseits darauf, dass sie über zehn Jahre UN-Sanktionen und britischer Seeblockade erfolgreich getrotzt haben, ignorieren aber die Tatsache, dass sie ihr bisheriges Überleben südafrikanischer und portugiesischer Hilfe verdanken und dass sich ihre Lage seit der Unabhängigkeit von Moçambique und Angola grundlegend verändert hat. Zweitens sind sie überzeugt, dass eine schwarze Mehrheitsregierung ihnen mit Sicherheit den Verlust von Heimat, Existenz und vielleicht Leben bringen würde; rechnen sich hingegen, falls sie kämpfen, eine 50-zu-50-Siegeschance aus, wobei sie trotz der bekannten negativen Erfahrungen, die die Franzosen mit den algerischen Harkas², die Portugiesen mit den Aldeamentos³ gemacht haben, ernsthaft, wie der rhodesische Aussen- und Verteidigungsminister van der Byl am 5. März 1976 erklärte, auf Loyalität und Treue der schwarzen Rhodesier in einem Guerillakrieg bauen zu können glauben. Drittens schliesslich setzt Smith, der damit schon in Kategorien des Rassenkrieges denkt, darauf, dass die weissen Südafrikaner im Ernstfall die weissen Rhodesier nicht im Stich lassen werden, hofft insgeheim sogar – bei verschärfter internationaler Spannung – auf westliche Hilfe, obwohl Amerikaner ebenso wie Europäer in aller Deutlichkeit erklärt haben, sie würden dem weissen Minderheitsregime nicht beistehen.

Bei dieser Lage glauben die Afrikaner, keine andere Wahl zu haben als die der Gewalt. Sowohl Kaunda wie Nkomo, Amin und die OAU haben sich für den Guerillakrieg ausgesprochen. Fidel Castro sprach bei seinem Treffen mit Neto und Touré in Conakry von einer «aus den Truppen verschiedener afrikanischer Länder zusammengesetz-

ten Armee». Vorster sucht die Détente-Politik mit diplomatischer Hilfe «dialog»-freundlicher Staaten zu retten, kann aber angesichts des Widerstandes der Rechten in seinem eigenen Land auf Salisbury nicht den erforderlichen Druck ausüben. Ob nun ein neuer blutiger Befreiungskrieg bevorsteht oder schliesslich unter internationalem Druck und vielleicht mit einem neuen rhodesischen Ministerpräsidenten ein neues Mehrheitsstatut ausgehandelt werden kann – die Rhodesienfrage ist jedenfalls in Bewegung geraten und eine Lösung auf diese oder jene Weise vorstellbar geworden.

Das eigentliche Problem: Südafrika

Anders steht es um die Republik Südafrika mit ihren dreieinhalb Millionen seit Jahrhunderten dort siedelnden, willensstarken Weissen, ihren schier unerschöpflichen Rohstoffvorkommen, ihrer mächtigen, für die schwarzen Nachbarstaaten unentbehrlichen Wirtschaft, ihrer hochgerüsteten Armee, ihrer Politik der getrennten Entwicklung, ihren Bantustan. Hier ist keine Lösung des Rassenproblems in Sicht, kein gangbarer Weg zu erkennen; *hier* liegt das eigentliche Problem der Region.

Wenn in diesem Raum gewaltsame Veränderungen – durch autonome Befreiungsrevolutionen, durch Ansteckung («spill-over») aus benachbarten Ländern oder infolge internationaler Verwicklungen – versucht oder unternommen werden, dann ergeben sich Gefahren anderer Dimension als in Rhodesien. Konflikte in Rhodesien, Namibia, Moçambique, Angola sind, solange die Weltmächte nicht hereingezogen werden, isolierbar. Das gilt nicht

für die Republik Südafrika. Revolutionäre oder kriegerische Verwicklungen hier zu lokalisieren, wäre – wegen der wirtschaftlichen Stärke und der strategisch-maritimen Bedeutung des Landes (Wacht am Kap, Luftaufklärung zwischen Südatlantik und Indischem Ozean) – fast unmöglich. Überdies lassen sich dreieinhalb Millionen Menschen nicht verpflanzen.

In Rhodesien treibt die Entwicklung nach langen Jahren der Erstarrung voran, wenn auch, wie befürchtet werden muss, in Richtung Bürgerkrieg. Die Lage in Südafrika hingegen stagniert. Wohl ist untergründiges Grollen hörbar, doch konnte bisher noch jede Bewegung aufgefangen, kanalisiert oder unterdrückt werden. Südafrika ist das Land, das seiner Apartheitspolitik wegen in den Vereinten Nationen die heftigste Feindschaft auf sich gezogen und die meisten mahnenden und fordernden Resolutionen verursacht hat. Seit einem Vierteljahrhundert aber setzt sich Pretoria hochmütig darüber hinweg: nicht zuletzt, weil das Apartheidssystem zu Unrecht als Relikt des Kolonialismus angesehen wird. Pretoria kann sich mit gutem Recht auf den Nichteinmischungsgrundsatz und darauf berufen, dass es weder expandiert noch Angriffskriege führt. Die Apartheitsordnung ist vielmehr «eines der modernsten und effektivsten Muster oligarchischer Herrschaft⁴», ein hochperfektioniertes Herrschafts- und Unterdrückungssystem, dessen Besonderheit gegenüber diktatorisch oder totalitär regierten Gesellschaften in der internen demokratischen Verfassung der herrschenden Minderheit besteht.

Die oft genug beschriebene Repression äussert sich auf zweierlei Weise. Erstens als direkter Verwaltungs- und

Polizeizwang (Beschränkung des Wohnsitzes, der Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Passzwang, mehrjährige Bannverfügungen, Antiterrorismusbestimmungen usw.). Zweitens in indirekter Herrschaft über die sogenannten Heimatländer, deren erstes, die Transkei, im Zuge der «getrennten Entwicklung» im Oktober dieses Jahres die Unabhängigkeit erhält. Die Idee des *separate development* widerspricht dem Ideal des integrierten multinationalen Staates, keineswegs aber der in Afrika vorherrschenden nationalistischen Ideologie. Vorzuwerfen ist der südafrikanischen Regierung darum nicht das *separate development* als solches – so wenig es uns behagt –, sondern die heuchlerische Handhabung dieser Ordnung, die Nichterfüllung der damit eingegangenen Zusagen. *Separate development* wäre gegeben, wenn die südafrikanischen Völker und Stämme gleichberechtigt, aber gesondert nebeneinander leben und sich nach eigenen Vorstellungen entfalten könnten. Tatsächlich aber sind die Heimatländer nichtlebensfähige Fleckenteppiche, deren Autonomie oder Souveränität nur fiktiv sein kann.

Vor allem aber haben die schwarzen Afrikaner angesichts des bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefälles im Gesamtstaat grossenteils gar nicht die Möglichkeit, in ihren Homelands zu leben. 70% des Brutto-sozialprodukts der Transkei bestehen aus Überweisungen der in Südafrika tätigen Transkeier. Von drei Millionen Staatsangehörigen leben nach offiziellen Angaben knapp über die Hälfte in der Transkei; die übrigen, zu denen 83% der erwachsenen männlichen Bevölkerung gehören, müssen in den sogenannten weissen Gebieten Südafrikas Arbeit

suchen, in Bergwerken, Fabriken und auf Farmen, die grösstenteils viele Hunderte von Kilometern von der «Heimat» entfernt liegen. Sie leben dort in isolierten Townships, in Männerheimen oder Frauenunterkünften ohne ihre Familienangehörigen, die, anders als bei den von Südafrikanern gern zum Vergleich herangezogenen Gastarbeitern in Europa, nicht nachziehen dürfen; die daraus resultierende Familienzerstörung ist für die sich puritanisch gebende Regierung in Pretoria eine auch ihr peinliche Begleiterscheinung des *separate development*.

Andererseits: den südafrikanischen Schwarzen geht es nicht nur materiell und bildungsmässig erheblich besser als den meisten ihrer Brüder in den unabhängigen, zumeist armen, Staaten Schwarz-Afrikas; sie haben darüber hinaus vermutlich sogar grössere Aussichten, sich eines Tages politisch zu verwirklichen und international zur Geltung zu bringen. In praktisch allen Bereichen fallen statistische Vergleiche zu Ungunsten der schwarzafrikanischen Länder aus, ob man ordnungsgemässe Verwaltung oder Hochschulabsolventen, Löhne und Gehälter, Wirtschaftswachstum oder Gesundheitswesen betrachtet. Diese bevorzugte Lage aber schlägt solange nicht zu Buche, als die schwarzen Südafrikaner gegenüber ihren weissen Mitbürgern in jeder Hinsicht diskriminiert und negativ privilegiert sind: nicht einmal gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird ihnen gewährt. Dieser Widerspruch ist unerträglich und schafft sich gefährlich anstauende Spannungen, die auch durch den Abbau der «kleinen Apartheid» (Rassentrennung im Bus, am Postschalter, auf der Parkbank) sich nicht beseitigen lassen.

Nach dem Willen der Weissen soll

eine schwarze Führungs- und Mittelschicht, die am Wohlstand beteiligt wird und dadurch soziales Prestige erlangt, die bestehende Ordnung konsolidieren helfen, die äusserlich durch staatliche Machtmittel (Militär, Polizei, Geheimdienst) gesichert ist und sich so jahrelang gegen alle Angriffe behaupten könnte. Das gilt aber nur, solange Südafrika sich weltpolitisch isolieren kann, was seit Angola zunehmend schwieriger wird. Es entspricht daher historischer Logik, wenn das Homeland-Konzept jetzt auch von innen her in Frage gestellt wird. Gatscha Buthelezi, der einflussreichste der Chefminister (Kwa-Zulu), steuert seit kurzem unverhüllt einen dem *separate development* entgegengesetzten Kurs. Chief Phatudi (Lebowa) folgt seinem Beispiel. Sie versuchen, die Stammesparteien in einer übergreifenden, nationalen Bewegung aufgehen zu lassen und ihre Anhängerenschaft auf eine gemeinsame schwarze Politik («Mehrheitsregierung für ein ungeteiltes Südafrika») zu verpflichten. Andere Chefminister, so Mangope (Bophuthatswana), greifen hingegen Buthelezi an, der sich als einziger von ihnen noch keiner demokratischen Wahl gestellt habe, jetzt aber als Führer der grössten, nämlich der Zulu-Nation, die anderen majorisieren bzw. «schlucken» wolle.

*

Bis vor zwei Jahren konnte man noch davon ausgehen, dass Südafrika im Windschatten der internationalen Politik liegt; die Weltmächte schienen sich stillschweigend aus Afrika herauszuhalten. Seit Angola gilt das nicht mehr. Die Idylle der Isolation («die Lage ist

ausweglos, aber stabil») ist zerrissen. Wandel wird, wie Vorster erkannt hat, unausweichlich. 15000 sowjetisch ausgerüstete Kubaner stehen einsatzbereit südlich des Äquators – neben Beratern, Ausbildern und sonstigem Militärpersonal in zehn weiteren afrikanischen und arabischen Ländern. Kissinger hat mehrfach und mit grossem Nachdruck gewarnt, «die USA werden weitere militärische Interventionen Kubas nicht dulden»; die Entspannungspolitik werde beeinträchtigt. Ford drohte gar «direkte Aktionen» an, was immer darunter zu verstehen ist, wobei betont wurde, dem Präsidenten sei es «todernst»; das «Risiko einer Konfrontation mit der Sowjetunion» sei eingeschlossen. Die Vereinigten Staaten können ohne Verlust ihrer Glaubwürdig-

keit hinter diese Äusserungen des Präsidenten schwerlich zurück. Das aber heisst, dass lokale oder regionale Konflikte in dieser Weltgegend die Weltmächte mit hereinziehen können. Ein Rassenkrieg, der auf Südafrika übergriffe, würde fast zwangsläufig eine internationale Krise auslösen, die das Ausmass der «Raketen-Krise» um Kuba von 1962 zu erreichen oder sogar zu übersteigen droht.

Peter Coulmas

¹Vgl. Schweizer Monatshefte, Oktober 1975, S. 512. – ²Harka = Selbstverteidigungseinheiten der Algerier gegen den FLN. – ³Aldeamento = Wehrdörfer gegen die FRELIMO. – ⁴Heribert Adam, Südafrika. edition suhrkamp, 343.

BRIEF AUS DEM COLLEGE

Anfang 1976

Die Rechtfertigung dafür, dass ich sogenannte Briefe verfasse, die, wie die früheren berühmten, für den Druck bestimmt sind, mag in einer Reminiszenz liegen. Vor Jahren besuchten mich Schweizer Gymnasiallehrer in Middlebury (Vermont), neugierig, wie ein amerikanisches College ungefähr funktioniert; ein Jahr darauf kamen zwei Schweizer Gymnasialrektoren nach Bryn Mawr, um über den Schulbetrieb und speziell über die Studenten-Selbstregierung, die zu den ältesten im Lande gehört, informiert zu werden. Mich freute diese Offenheit unserer Schulmänner gegenüber fremden Einrichtungen, und im Verlaufe der Jahre fragte

ich mich oft, wen von meinen Kollegen oder der Administration man sich bei Schulbesuchen oder gar Lehrtätigkeit in der Schweiz vorstellen könnte; ich fand niemanden. Man pflegt wohl die internationalen Verbindungen recht geflis-sentlich – die School of Social Work and Social Research hat enge Verbindungen mit Persien und Indien – und hat natürlich fachliche Kontakte mit Princeton und Yale. Weder Präsident noch Dean dagegen werden sich wohl in absehbarer Zukunft nach anderen Erziehungsmethoden erkundigen. Die Notwendigkeit, Geld für die nächsten Jahre zusammenzubringen, belastet sie ausserordentlich. Mit anderen Worten: Ich kann mir in der Schweiz eher Leser für «Briefe aus dem College» vorstellen,

als sie ein nach Europa ausgewanderter Amerikaner in seinem Heimatland haben könnte. Sogar eine Institution wie Bryn Mawr, diese Insel der Glücklichen innerhalb des gefährlichen und gefährdeten Melting pot Amerika, ist Tag für Tag mit so vielen Überlebensfragen konfrontiert, dass die Musse für abgelegene Fragestellungen fehlt.

Ein Europäer, Lehrer in einem unserer stärksten Departemente, mit dem ich mich beiläufig über Vor- und Nachteile unseres College unterhalte, betont als Vorteil die Offenheit für Sonderfälle innerhalb der Gelehrtenrepublik. Er selber war viel in der Welt herumgekommen, hatte sich an Ausgrabungen im Orient beteiligt, sich journalistisch betätigt, also nicht den normalen Weg eines Hochschuldozenten eingeschlagen. Aufgrund seiner Tüchtigkeit und vielleicht auch aufgrund der ausgesprochenen Europafreundlichkeit seiner Kollegen, aufgrund andererseits eines Zunft-Schematismus seines Heimatlandes bot Bryn Mawr für ihn die beste Chance. Ideal ist der Platz auch für andere Sonderfälle. Richmond Lattimore, der in angelsächsischen Ländern wohlbekannte Homerübersetzer, in China geboren, Lyriker und feinsinniger *Homme de lettres*, ist vielleicht auch kein Professor im konventionellen Sinn. So wenig wie José Ferrater-Mora, der aus Spanien gebürtige Philosoph, der eine Zeitlang in Chile unterrichtet hatte, Hersteller prächtiger Amateurfilme und geistreicher (existenzialistischer) Schriftsteller. Oder George Kline, Hegel- und Marx-Experte, der sich ausserdem einen Namen durch seine Übersetzungen von Dichtungen Pasternaks und Brodskys gemacht hat. Nimmt man's politischer, wäre als weiterer Sonderfall Herbert Aptheker zu nennen. Er

hatte in Columbia doktriert, konnte als Kommunist, wie ich hörte, in Amerika nirgends eine Stelle finden, bis ihn schliesslich unsere Geschichtsabteilung als Lecturer akzeptierte. Die Reihe liesse sich fortsetzen.

Innerhalb des harten Kampfes um das amerikanische Dozentendasein herrscht hier viel Sinn für Fair play. Anlässlich einer kleinen Auseinandersetzung um eine formalistische Bagatelle entschlüpfte mir letzthin der Ausdruck «Dr Gschider git no, dr Esel blibt sto», was ich einigermaßen erfolglos zu übersetzen versuchte. Unsere Linguistin sagte, es gebe kein Pendant im Englischen, denn das in der älteren Generation populäre Shakespearezitat «The better part of valour is discretion» wirkt viel vornehmer, und sie beneidet uns Schweizer um diese sowohl für Kinder wie Erwachsene nützliche Devise, die in anderen Teilen des deutschen Sprachbereichs zu fehlen scheint. Warum bei den Angelsachsen? Sind sie, durch ihr Fair play auch im gesellschaftlichen Bereich, wo Auseinandersetzungen so selten verbissen sind, durch ihre Bewunderung des Siegers, unter Politikern und Geschäftsleuten, nicht geneigt, Nachgiebigkeit als weise anzusehen? Sind Starrköpfigkeit und die entsprechenden Reaktionen hier wirklich seltener? Ich habe in der Tat während der paar Jahre meiner Arbeit im College bei Nicht-Europäern noch nie jemanden getroffen, und zwar weder bei persönlichen Meinungsdivergenzen, in Comitees, noch grösseren Versammlungen, von dem ich den Eindruck hatte, er fühle sich wegen einer negativen Bemerkung wirklich beleidigt. Verhandlungen sind wie Ballspiele, leicht, schnell, ohne unnötige Komplikationen. Zum Grübeln kommt man da nicht. In

dieser Hinsicht ist das Arbeitsklima ideal; dem Gescheiterten steht kein Esel gegenüber.

Neben dem bewundernswerten Non-konformismus und der erwähnten grossen Elastizität, in Anstellungsfragen und anderswo, gibt es im College Ansprüche, die einem europäischen Sprachler das Leben sauer machen könnten. Das College besitzt die Richtlinie, dass man nicht Assistenten für Anfänger einsetzt, wie es in grösseren Universitäten üblich ist, die Berühmtheiten dagegen bloss für die Oberstufe. Der ideale Lehrer – Mao soll das gleiche Ziel haben – unterrichtet in den Anfangsgründen so gern und effektiv wie in seinem Spezialgebiet. In Bryn Mawr erreichen einige das hohe Ziel. Es ist, spürt man oft, beängstigend hoch.

Eine Undergraduate mit Hauptfach Deutsch, die verschiedene Kurse nicht belegt hat, aus Angst, sie könnte den Anforderungen nicht genügen, sagt mir, sie habe auch bei mir nicht belegt, weil sie gehört habe, ich sei streng, und ihr Deutsch sei sehr schlecht. Sie stammt aus dem Süden und ist offenbar ein weiteres Beispiel für den Cultural shock, der viele, die aus ländlichen oder wenig von den Geistesmetropolen berührten Gegenden kommen, im ersten Jahr trifft, einige aber sogar während der ganzen Collegezeit halb krank macht. Was mich betrübt, ist die Tatsache, dass sich in diesem Fall allzu grosser Respekt einstellte, bevor wir uns persönlich begegnet waren. Der Campus eines kleinen College – vor allem vielleicht eines auf Frauenerziehung ausgegerichteten – ist voll von Gerede. Die Treibhausatmosphäre der Dormitories ist ein guter Nährboden dafür – was mich doch immer wieder erstaunt, weil

ich bei anderen Gelegenheiten grossartige Beispiele der Diskretion erlebt habe; die Privatsphäre wird im allgemeinen hoch und heilig geachtet.

Kurz darauf kommen zwei Mädchen recht bestürzt in mein Büro; es ist ihnen etwas spät bewusst geworden, dass die Voraussetzungen für die Prüfung, die sie nach Hause nehmen durften, für sie zu günstig seien. Es ist hier ja Sitte, Prüfungen unbeaufsichtigt manchmal zu Hause schreiben zu lassen. Das ist möglich, weil der Ehrenkodex überall sehr ernst genommen wird. Nun habe ich dummerweise in der letzten Stunde einige Hinweise auf eventuell auftauchende Schwierigkeiten gegeben, was selbstverständlich die Lösung einiger Aufgaben teilweise erleichtert hat. Das Schuldgefühl, mich nicht frühzeitig gewarnt zu haben, ist sowohl rührend wie imponierend. Im entsprechenden Fall hätten sich Schweizer Schüler vermutlich ins Fäustchen gelacht. Imponierend dieser hochentwickelte Sinn für Integrität; besorgniserregend höchstens, dass sich Skrupelhaftigkeit vor allem manifestiert, wenn Prüfungen geschrieben werden, was, zusammen mit der an sich so lobenswerten Strebsamkeit, unter Sensibleren ein etwas nervöses Klima schafft. In Schweizer Schulen dagegen lockert, wie ich mich zu erinnern meine, die ständige Bereitschaft, allenfalls ein bisschen zu mogeln, den Druck beträchtlich. Man kommt im akademisch sehr sauberen, im Namen der Ehrlichkeit und Effizienz die Einzelnen oft isolierenden Arbeitsklima eines amerikanischen Elitecollege kaum dazu, an seinen Mitmenschen wirklich Anteil zu nehmen. Interessante Freizeitgespräche sind rar. Dies der Stosseufzer einer aussergewöhnlich souveränen Studentin aus dem Süden.

Isolation im Lernprozess trägt oft die besten Früchte. Ich habe viele Gedichtinterpretationen gelesen, hochdifferenzierte Produkte des New-Criticism, die in jedem Land Hochachtung verdienen. Andererseits manchmal eine seltsame Hemmung, mit fremden Kommentaren umzugehen. Übertragen auf die Lehrerschaft: ich habe Kollegen kennengelernt, deren Intellektualität und fachliche Ausdruckskraft über jede Kritik erhaben sind, hie und da aber war ich erstaunt, wie unbeweglich sie in ihrem Denken sein konnten. Die Sozialpsychologen sprechen von Compartmentalization; um seine Schwächen verbergen zu können, ziehe man sich

oft in eine scheinbar unanfechtbare Rolle zurück. Als ich vor Jahren das erste Mal das alte Bibliotheksgebäude betrat, mich am kleinen Ententeich im «Klosterhof» freute und dem schönen Büro, von wo ich auf alte Bäume schauen konnte, stellte sich doch zugleich der Verdacht ein, in ein Gebäude mit vielen Einzelzellen gekommen zu sein. Trotz der Politik der offenen Türen lebt man hier isolierter als in den Gebäulichkeiten der Schweiz; ein Lehrer- oder Dozentenzimmer ermöglicht, ja erzwingt doch täglich rechte Pausengespräche.

Hans Bänziger

DER MYTHOS DER GEHIRNWÄSCHE

Eines dramatischen Verbrechens beschuldigt steht Patricia Hearst für kurze Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Sie ist der Star des Stückes, in dem sie auftritt. Sein Titel: Das Opfer einer Gehirnwäsche. Wir hatten «Clockwork Orange». Jetzt haben wir «The brainwashed heiress» – die «gehirnvergewaltigte Erbin». Vorbei die Tage, da die Leute sich fragten: «Hat sie es getan oder nicht?» Jetzt will man wissen, was mit dem Gehirn der andern passiert. So fragen die Leute nunmehr: «Wurde sie einer Gehirnwäsche unterzogen oder nicht?» Und sie fordern eine Antwort, so ungeduldig wie ein verwöhntes Kind sein Ice-cream. Und die Spezialisten für Gehirnwäsche werden so schnell antworten, wie die zärtlichen Eltern ihren greinenden Kindern das Eis geben. Zwar wollen die Leute nur eine Antwort, aber sie wer-

den deren zwei bekommen: Ja, Gehirnwäsche fand statt. Nein, sie fand nicht statt.

Doch ist die Frage sinnlos. Und die Antwort ist psychiatrische Prostitution, der Glaube an die Antwort Selbstbetrug.

Als Kämpferin in der «Simbionese Liberation Army», mit dem Gewehr über der Schulter, wirkte Patty Hearst stolz und selbstbewusst. Ihre Anwälte erklären jetzt, sie sei damals einer Gehirnwäsche unterzogen worden. Patty Hearst, Opfer einer Entführung, wirkt geschrumpft und verstört. Hat sich aber in Patty Hearsts Betragen etwas Wesentliches verändert? Vor ihrer Verhaftung schmähte und denunzierte sie jene, die ihr als Kind «geholfen» hatten. Jetzt schmäht und denunziert sie jene, die ihr als Verfolgte «geholfen» hatten.

Die Tatsachen des Hearst-Prozesses

sind unbestritten. Die Angeklagte hat an einer Reihe von Taten teilgenommen, die, falls sie nicht rechtlich entschuldbar sind, ernsthafte Verbrechen bedeuten. Welche rechtlichen Entschuldigungsgründe können die Haftbarkeit für solche Taten herabmindern?

Einer ist: unmittelbare physische Nötigung. Wenn ein Mensch einen andern – etwa mit dem Revolver in der Hand – zwingt, eine illegale Tat zu begehen, so kann der Genötigte nicht vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. Eine andere Entschuldigung ist Geistesgestörtheit. Die illegale Handlung ist in diesem Fall nicht etwas, das ein Angeklagter getan hat, sondern etwas, das ihm widerfahren ist. Der Angeklagte ist so wenig für seine Tat verantwortlich wie ein Herzkranker für sein EKG.

Zugunsten Patty Hearsts wird jedoch keines dieser beiden Argumente geltend gemacht. Welche Entschuldigung bleibt möglich? Nur das, was man früher «temporäre Geistesgestörtheit» genannt hat, ein Begriff, der in der Gerichtspsychiatrie aus der Mode gekommen ist. Daher wurde «temporäre Geistesgestörtheit» umgewandelt in «Gehirnwäsche». Der Angeklagte, so ist das zu verstehen, war nicht wirklich er selber, als er seine Taten beging, sondern er war sein «hirngewaschenes» Selbst. Sein Selbst, das frei von «Gehirnwäsche» ist, kann dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist Patty Hearsts Verteidigung.

Da ist nun der springende Punkt: Was ist Gehirnwäsche? Gibt es zwei Arten von Gehirnen: gewaschene und ungewaschene? Und wie weiss man, welches welches ist? Im Grund ist es sehr einfach. «Gehirnwäsche» ist eine Metapher. Niemand kann durch Zwang

und Zureden ein Gehirn waschen, so wenig wie man einen Menschen durch «schneidende» Reden zum Bluten bringt. Die Metapher steht für eine der allgemeinsten menschlichsten Erfahrungen: dass eine Person eine andere beeinflusst. Doch nennen wir nicht jegliche Beeinflussung «Gehirnwäsche», sondern nur jene Beeinflussung, die wir missbilligen.

Genau wie man den Ausdruck «Perversion» für sexuelles Verhalten braucht, das man ablehnt, so bezieht man Gehirnwäsche stets auf erzieherische und psychologische Einwirkungen, die man verabscheut.

Gewiss ist Patty Hearst in der «SLA» von ihren Entführern und Gefährten beeinflusst worden. Vater Hearst, Anwalt Bailey, die Presse und ungefähr jedermann nennt das «Gehirnwäsche». In der Zeit zwischen ihrer Verhaftung, als sie sich «Kämpferin in der Stadtguerilla» nannte, und ihrem Erscheinen vor Gericht als eine schüchterne, brave Tochter ist Patty Hearst zweifellos von jenen, die sie diesmal gefangennahmen und die ihre jetzige Umgebung bilden, beeinflusst worden, aber niemand nennt das «Gehirnwäsche».

Wenn man feststellen will, ob Patty Hearst einer «Gehirnwäsche» unterzogen wurde, indem man sie durch Psychiater untersuchen lässt, so ist es das gleiche, wie wenn man festzustellen versucht, ob Weihwasser geweiht ist, indem man es durch Geistliche prüfen lässt.

Wenn wir wissen wollen, was Weihwasser ist, müssen wir etwas von Geistlichen und nicht von Wasser verstehen. Wenn wir wissen wollen, was Gehirnwäsche ist, müssen wir Psychiater untersuchen und nicht Gehirne – oder Angeklagte.

Was tun also die Psychiater im Hearst-Prozess? Sie «zeugen» für wer immer zahlt. Wir stehen nicht mehr unter kanonischem Recht und lassen uns von keiner geistlichen Autorität sagen, wann eine Seele rein oder verschmutzt ist.

Stattdessen haben wir nunmehr die «Geistige Hygiene». Ob ein Gehirn «rein» oder «polluiert» sei – wir glauben allen Ernstes, dass Psychiater imstande sind, auf diese Frage eine relevante Antwort zu geben.

Thomas Szasz

EUROPA-ARCHIV

Zeitschrift für internationale Politik
Begründet von Wilhelm Cornides

Die im 31. Jahrgang erscheinende Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik enthält neben Beiträgen und Berichten eine ausführliche Dokumentation, eine annotierte Bibliographie zu Fragen der internationalen Politik sowie eine Chronologie des politischen Geschehens.

Aus dem Inhalt der letzten Folgen:

Max van der Stoep	Die niederländische Aussenpolitik: positive Partnerschaft
Elisabeth Picard	Syrien in der Phase des Wiederaufbaus und die Aussichten für eine Friedensregelung im Nahen Osten
Klaus Blech	Die Prinzipienklärung der KSZE-Schlussakte
Konrad Ginther	Wandlungen der österreichischen Neutralitätskonzeption

Preis für das Jahresabonnement (24 Folgen einschliesslich ausführlichem Sach- und Personenregister): DM 115.- zuzüglich Porto. Probehefte auf Wunsch kostenlos.

Verlag für Internationale Politik GmbH

D - 53 Bonn, Stockenstrasse 1-5